

Zeitung vum Lëtzebuenger Vollek



Leitartikel Nationale Politik Internationale Politik Aus den Betrieben Kultur Inland

INTERNATIONALE POLITIK

Dem armen Kosovo laufen die Bürger weg



Die Geduld der Albaner im »Armenhaus Europas« ist zu Ende: Zehntausende packen im Kosovo ihre Sachen und flüchten: Nach Deutschland, Österreich und Ungarn.

Zeitung vum Lëtzebuenger Volek

Boîte postale 403
L-4005 Esch-sur-Alzette

Die Redaktionsräume

3, rue Zénon Bernard
L-4030 Esch-sur-Alzette

Tel. : 446066 - 1
Fax. : 446066 - 66
Email : info@zlv.lu

Ansprechpartner
Archiv

Kontakt

Name : *
Vorname :

»Nichts wie weg«, lautet die Devise. »Ich kann's nicht mehr aushalten! Das ist doch kein Leben hier«, begründet ein Familienvater mit zwei Kindern in der Zeitung »Koha ditore« in der Hauptstadt Pristina seine Auswanderung. Nach Schätzungen der Medien verlassen jeden Monat bis zu 20.000 Unzufriedene das Kosovo. Bei einer Einwohnerzahl von zwei Millionen Menschen eine gefährlich hohe Zahl. Das Land droht in Teilen zu entvölkern.

Der kleine Staat im Südosten Europas gilt schon lange als Dreh- und Angelpunkt für Drogen- und Waffenhandel, Menschenschmuggel und Prostitution. Die Arbeitslosigkeit liegt bei geschätzten 60 Prozent. 1999 wurde das überwiegend von Albanern bewohnte Kosovo nach einem blutigen Krieg von Serbien abgetrennt – mit aktiver Unterstützung der USA, der EU und der NATO. Seitdem warten und hoffen die Menschen: Auf Arbeit, Aufschwung, Strom- oder Gesundheitsversorgung – alles vergeblich.

Der Parlamentspräsident und der Regierungschef appellieren an die Bürger, jetzt nicht Reißaus zu nehmen. UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon zeigt sich ebenfalls besorgt. Doch die Menschen haben offensichtlich keine Hoffnung mehr, daß die heimischen und als korrupt geltenden Politiker doch noch Besserung bringen könnten. »Die Politiker nutzen den Staatsapparat für ihre eigenen persönlichen Ziele«, mit klaren »totalitären Tendenzen«, schrieb der Kommentator Augustin Palokaj vor wenigen Tagen.

Ein halbes Jahr hat die Regierungsbildung nach der Parlamentswahl gedauert. Dann fanden die beiden größten Parteien in einer ideologisch eigentlich unmöglichen Koalition zueinander. Und weil sie jetzt so eine breite Mehrheit im Parlament hatten, konnten sie den Staat und die öffentliche Verwaltung nach Belieben unter sich aufteilen. Obwohl im Wahlkampf alle Seiten versprochen hatten, den aufgeblähten Staatsapparat zu kappen, wurden Dutzende neuer stellvertretender Minister eingestellt – schließlich mußten viele versorgt werden.

Die Flüchtlingsroute läuft über den Grenzübergang Merdare zu Serbien. Weil Serbien das Kosovo nach wie vor als seinen Teil betrachtet, können die Verzweifelten hier ohne Probleme einreisen. Vom nordserbischen Subotica aus geht es dann illegal über die Grenze nach Ungarn, wo sie Asyl beantragen. Seit letztem September sei es zu einem enormen Anstieg von illegalen Grenzübertritten durch Kosovaren gekommen, sagt die

Straße :

PLZ / Ort :

E-mail : *

(*) Pflichteingaben

Anfrage senden

EU-Kommission. Im Dezember habe der Anteil der Kosovo-Albaner an allen illegalen EU-Grenzübertritten 40 Prozent betragen – deutlich mehr als die Asylbewerber aus den Kriegsländern Syrien und Afghanistan. In Österreich stehen die Asylantragssteller aus dem Kosovo im Januar an erster Stelle. In Deutschland kamen von den rund 36.000 Asylbewerbern in den ersten fünf Wochen dieses Jahres knapp 30 Prozent (fast 10.500) aus dem Kosovo. In Ungarn beantragten allein im Januar 10.200 Kosovo-Albaner Asyl. Das waren schon halb so viel wie im ganzen vergangenen Jahr. Der Bürgermeister der Grenzstadt Asotthalom bei Szeged, László Torockai von der rechtsradikalen Partei Jobbik, will jetzt gegen den Ansturm einen Grenzzaun errichten. Ein Grund für die miese Lage des Kosovo sind auch die Dauerkonflikte mit Serbien, das die Unabhängigkeit seiner früheren Provinz nicht anerkennt. Die EU will nach einem Jahr Funkstille wieder die Regierungschefs der beiden Nachbarländer an einen Tisch bringen. Sie sollen Lösungen für Probleme finden, die das Leben der Bürger erleichtern könnten. Doch wenn der Exodus der Albaner so weitergeht, könnten sich die Probleme auf ganz andere Weise erübrigen.

Thomas Brey, Pristina (dpa)



Freitag 13. Februar 2015

Copyright © 2007 Zeitung vum Lëtzebuenger Vollek | [Startseite](#) | [Impressum](#) |